

VR-01 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint)

Antragsteller*in: Lilli Hampeter u.a., Andreas Kleist u.a., Rasmus Andresen u.a.
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Wenn Schuldächer bröckeln und Brücken zerbröseln, wenn es auf dem Land keine
2 Ärzt*innen und in der Stadt nicht genügend Kita-Plätze gibt, dann gerät der
3 gesellschaftliche Zusammenhalt aus den Fugen. Steigende Mieten, hohe
4 Lebensmittelpreise und teurer ÖPNV belasten nicht die Handvoll der reichsten
5 Deutschen, sondern die Millionen, die ohnehin schon jeden Cent umdrehen müssen.
6 Wo nicht ausreichend investiert, wo das Land und seine Menschen kaputtgespart
7 werden, da gedeiht der Rechtspopulismus.

8 **Spardiktat in Krisenzeiten gefährdet Demokratie, Wirtschaft und Umwelt**

9 Mit ihrem Spardiktat in Zeiten klammer Haushalte, magerer Binnennachfrage und
10 Reallohnverlusten gefährden Kanzler Scholz, Finanzminister Lindner und Teile der
11 CDU/CSU nicht nur die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, Arbeitsplätze und
12 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch Klima- und Umweltschutz. Denn
13 ohne die notwendigen Investitionen in klimaneutrale Infrastruktur und Wirtschaft
14 und eine soziale Abfederung ist die Transformation in Gefahr.

15 Mit dem Deutschlandticket, der Mindestlohnerhöhung oder der Gaspreisbremse haben
16 wir Grüne in den vergangenen Jahren dagegen gehalten und immer wieder konkrete
17 Lebensverbesserungen für viele Menschen durchgesetzt. Gemessen an dem, was nötig

18 wäre, reicht das aber nicht.

19 Wir brauchen eine politische Agenda für ein Land, das funktioniert und bezahlbar
20 ist. Eine Agenda für gute öffentliche Infrastruktur, bezahlbarem Wohnen und für
21 höhere Löhne.

22 Das Spardiktat führt auch dazu, dass die militärische und zivile Unterstützung
23 der Ukraine gegen ein imperiales Russland, das Freiheit und Demokratie in ganz
24 Europa im Fadenkreuz hat, ausgespielt wird gegen Investitionen in die sozial-
25 ökologische Transformation. Dabei muss klar sein: Freiheit, Demokratie und
26 Wohlstand für alle ist langfristig nur möglich in Frieden, Klimaneutralität und
27 sozialer Gerechtigkeit.

28 **Nicht nach unten treten, sondern Lasten fair verteilen**

29 Doch statt über eine gerechte Finanzierung der gesellschaftlichen und
30 wirtschaftlichen Zukunft zu sprechen, folgt täglich ein neuer Angriff auf
31 diejenigen, die sowieso schon zu wenig haben. Beim perfiden politischen Spiel
32 des Nach-unten-Tretens gegen Bürgergeldbeziehende, Geflüchtete, Auszubildende,
33 Studierende und Alleinerziehende sollten wir GRÜNEN nicht mitmachen. Es ist
34 ungerecht, wenn Multi-Millionäre nur die Hälfte der Steuern einer Facharbeiterin
35 zahlen und wenn den reichsten 1 % ein Drittel des gesamten Privatvermögens in
36 Deutschland gehört.

37 Deswegen nehmen wir GRÜNE die Superreichen in die Verantwortung und rücken die
38 Alltagsorgen der Menschen in den Mittelpunkt.

39 • **Investitionen statt Investitionsbremse**

40 Die Schuldenbremse muss reformiert werden. Dazu soll die sogenannte "Goldenen
41 Regel" wieder eingeführt werden. Diese ermöglicht die Aufnahme von staatlichen
42 Krediten in dem Umfang, wie vom Staat Investitionen getätigt werden. Darüber
43 hinaus ist die Anpassung der Konjunkturkomponente insoweit erforderlich, dass in
44 Krisenzeiten ein weitreichenderer Spielraum ermöglicht wird. Dem Staat soll
45 generell ermöglicht werden, in Krisenzeiten zu intervenieren. Außerdem schlagen
46 wir ein 400-Mrd. Euro-Investitionspaket für gute Infrastruktur vor.
47 Investitionen in Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen, Schulen, Kitas und unser
48 Schienennetz haben für uns die höchste Priorität.

49 • **Einführung eines deutlich entlastenden Klimagelds noch in dieser**
50 **Legislaturperiode**

51 Um soziale Schieflagen in der Klimapolitik durch höhere CO₂-Preise zu vermeiden,
52 wollen wir die Erhöhung des CO₂-Preises an die Einführung eines Klimagelds
53 koppeln. Wir brauchen höhere CO₂-Preise als effizientes Instrument für die
54 Klimapolitik, doch beim sozialen Ausgleich für Menschen mit kleinen Einkommen
55 müssen wir nachlegen. Nach österreichischem Vorbild sollte deshalb zunächst eine
56 einfache Pro-Kopf- Pauschale im dreistelligen Bereich ausgezahlt werden. In den
57 Folgejahren kann dann eine regionale und soziale Staffelung vorgenommen werden.

58 • **Gute Löhne und starke Mitbestimmung**

59 Wer arbeitet, muss davon leben und fürs Alter vorsorgen können.
60 Lohngerechtigkeit ist die Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft. Deshalb
61 kämpfen wir für ein starkes Tariftreuegesetz, einen Mindestlohn von 16 Euro und
62 die Kopplung von Fördermitteln an die Tarifbindung der Unternehmen.

63 • **Bezahlbare Mieten**

64 Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wir setzen uns für eine
65 Verschärfung der Mietpreisbremse, ein 100 Mrd. Sondervermögen für sozialen
66 Wohnungsbau, die Verlängerung der Sozialbindung von 15 auf 30 Jahre und eine
67 Begrenzung der Renditeausschüttung der großen Wohnkonzerne durch einem
68 Renditedeckel ein.

69 • **Bund-Länder-Pakt „Mentale Gesundheit“**

70 Wir schlagen einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle Menschen,
71 insbesondere Jüngere, sollen das Recht und die Möglichkeit haben, sich
72 psychologisch beraten zu lassen. Therapieplätze, Beratungsstrukturen und die
73 Ausbildung von Fachpersonal müssen finanziell gestärkt und stark ausgebaut
74 werden.

75 • **Wiedereinführung der Vermögensteuer**

76 Seit der Aussetzung der Vermögensteuer im Jahr 1997 entgehen dem Staat jährlich
77 über 30 Milliarden Euro. Länder wie die Schweiz machen vor, wie eine gerechte

78 und bürokratiearme Besteuerung großer privater Vermögen zum Wohle der
79 Gesellschaft funktionieren kann. Deswegen fordern wir die Wiedereinführung der
80 Steuer auf Privatvermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person mit einem
81 jährlichen Steuersatz von mindestens 1 Prozent, wie es im GRÜNEN
82 Bundestagswahlprogramm 2021 gefordert wurde. International unterstützen wir den
83 von Brasilien eingebrachten Vorschlag einer globalen Mindeststeuer für
84 Milliardäre und Zentimillionäre.

85 • **Bevorzugung von Superreichen bei der Erbschaftsteuer beenden**

86 Privilegien für Superreiche bei der Erbschaftssteuer sind mit über fünf
87 Milliarden Euro pro Jahr die größte Steuersubvention im Bundeshaushalt. Heute
88 werden große Erbschaften oft geringer besteuert als kleine. Das ändern wir GRÜNE
89 durch die Abschaffung der Verschonungsregelungen und der 10-Jahres-Frist. Für
90 mehr Steuergerechtigkeit müssen zudem eine einheitliche Stundungsregelung und
91 ein erwerbsbezogener Lebensfreibetrag eingeführt sowie der effektive Steuersatz
92 erhöht werden.

93 Bei der Besteuerung von Betriebsvermögen ist eine Abzahlung durch Übertragung
94 von Betriebsanteilen auf den Staat mit lebenslangen Vorkaufs- und Rückkaufsrecht
95 der Steuerpflichtigen bzw. der Erben eine denkbare Möglichkeit, die entwickelt
96 werden sollte.

97 • **Gewinne aus Kapitalvermögen wie Löhne besteuern**

98 Derzeit werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, im Gegensatz zu allen anderen
99 Einkunftsarten, pauschal mit einem Steuersatz von 25 Prozent besteuert. Auch für
100 Einkünfte aus Kapitalvermögen sollte der progressive Tarif der Einkommensteuer
101 gelten.

102 • **Effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung, sowie die Verhinderung
103 von
104 Steuerumgehung**

104 Derzeit kämpfen die Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Steuerkriminalität
105 noch als David gegen Goliath. Deshalb verliert Deutschland schätzungsweise 100
106 Milliarden Euro pro Jahr. Damit die Strafverfolgungsbehörden endlich effektiv
107 Steuerkriminalität entdecken und verfolgen können, müssen sie dringend besser
108 ausgestattet werden, finanziell und administrativ. Außerdem ist es notwendig,
109 die Kompetenzen bei einer bundesweiten Ermittlungsbehörde zu bündeln. Dazu
110 sollte das Bundesamt für Finanzkriminalität auch für Steuerkriminalität
111 zuständig sein. Die Milliarden Gewinne wie aus dem CumCum-Betrug holen wir
112 konsequent von den Banken zurück, Umsatzsteuerbetrug durch manipulierte Kassen
113 und grenzüberschreitende Karusselgeschäften lassen wir nicht mehr zu. Bei der
114 Bestrafung von Steuerkriminalität lassen wir die Großen nicht laufen. Dass
115 Strafen für Steuerbetrug häufig ausbleiben oder geringer sind als beim Fahren
116 ohne Fahrschein, ist ein unhaltbarer Zustand.

117 Daneben gibt es in Deutschland viele legale Modelle, um die Besteuerung zu
118 umgehen. Diese stehen zumeist nur privilegierten Gruppen offen und sind daher

119 ungerecht. Wir wollen derartige Umgehungsmodelle durch gezielte
120 Gesetzesänderungen verhindern.

121 • **Funktionsfähige Kommunen: Altschuldenfonds für Kommunen**

122 Unsere Kommunen brauchen Luft zum Atmen. Deshalb schlagen wir für hoch
123 verschuldete Kommunen einen Altschuldenfonds vor, der den Kommunen die
124 Perspektive gibt, finanzpolitisch handlungsfähig zu werden.

125 • **Abbau aller klima- und umweltschädlichen Subventionen**

126 Deutschland hat sich bereits 2009 auf internationaler Ebene verpflichtet, bis
127 2025 alle für die Senkung der Treibhausgasemissionen ineffizienten Subventionen
128 auf fossile Energieträger abzubauen. Klimaschädliche Subventionen und weitere
129 staatliche Begünstigungen in den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie und
130 Landwirtschaft entsprachen mit Blick auf die Haushaltsmittel im Jahr 2020
131 insgesamt einem Volumen von rund 35,8 Mrd. Euro. Der größte Anteil der
132 staatlichen Begünstigungen mit klimaschädlicher Wirkung entstand 2020 mit 24,8
133 Mrd. Euro im Verkehr. Eine besonders große Treibhausgaswirkung geht von den
134 Besteuerungstatbeständen aus. In vielen Fällen profitieren in erster Linie hohe
135 Einkommen von staatlicher Unterstützung durch klima- und umweltschädliche
136 Subventionen und weiteren staatliche Begünstigungen. Der zügige Abbau dieser
137 Maßnahmen hilft nicht nur Umwelt und Klima, sondern trägt auch zu mehr sozialer
138 Gerechtigkeit bei.

Begründung

Erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Maximilian Fries (KV Düsseldorf); Paul Rainer Pansky (KV Düsseldorf); Günther Bunte-Esders (KV Düsseldorf); Lukas Mielczarek (KV Düsseldorf); Diana Hein (KV Düsseldorf); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Michael Bloss (KV Stuttgart); Lukas Sokolowski (KV Düsseldorf); Lukas Schirmer (KV Düsseldorf); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf); Franziska Drozdzyński (KV Düsseldorf); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Lennart Brandt (KV Düsseldorf); Klaus Mewes (KV Düsseldorf); Jens Frantzen (KV Düsseldorf); Anja Dürselen (KV Düsseldorf); Pia Hölz (KV Düsseldorf); Michael Kleinhans (KV Düsseldorf); sowie 439 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.